

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlicher Organ vordemokratischer Behörden. Schriftleitung: Dr. Martinstraße 6. Fernsprechanruf: Nr. 2465, 2467, 2605. Persönliche Anstufung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,10 Mk. für Abnehmer wohnhaft 0,30 Mk. Halbesondel 2,10 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Restamt der SPD-Mitglieder. Hauptgeschäftstelle: Dr. Martinstraße 6. Fernruf 2465, 2467, 2605. Postfachkonto 20319 Erfurt.

### Reichsbanner, Gewerkschaften und Arbeitersportler im Vormarsch

# Ruf der Eisernen Front!

## Gewaltiger Widerstand gegen den verbrecherischen Faschismus!

Die Eiserne Front, die in außerordentlich stark besetzten Versammlungen im ganzen Reich den Widerstandswillen der Republikaner aufweist, wird in den nächsten Wochen ihre Tätigkeit noch verstärken.

Sie manifestiert in drei Kolonnen auf: den Reichsbannerformationen, den Arbeitersportlern und den gewerkschaftlichen Kampfgruppen, das sind Organisationen der Gewerkschafter in den Betrieben im Rahmen der Eisernen Front. Diese drei Kolonnen sind untrennbar verbunden in dem Willen, die demokratische Bewegung, das Recht und die Freiheit der Arbeiterklasse und die des ganzen Volkes zu schützen gegen alle faschistischen Angriffe.

Der Bundesrat des Reichsbanners wird am 30. Januar zu einer feierlichen Sitzung in Berlin zusammenkommen, um die Konstitution der Eisernen Front zu beschließen.

Vom 31. Januar bis zum 7. Februar werden unter dem Namen

### „Rüstwoche der Eisernen Front“

alle freischafflichen Deutschen aufgerufen werden, sich für die Republik und für die Eisernen Front zu betätigen.

In dieser Woche werden überall Sammelstellen errichtet werden. Diese Sammelstellen werden den Namen „Rüstkommission der Eisernen Front“ führen. Sie werden in kürzester Frist öffentlich feierlich gemacht werden. In diesen „Rüstkommissionen der Eisernen Front“ werden sogenannte Eisernen Bücher ausliegen. Jeder, der sich zur Eisernen Front bekennt, jeder, der von dem demokratischen Willen befeuert ist, alle faschistischen Angriffe zu verhindern, muß sich in diese Bücher eintragen.

Die Eisernen Front wird um das öffentliche Bekenntnis aller

Republikaner. Sie erwartet, daß jeder, der sich zu ihr bekennt, der an ihren Zielen mitarbeiten will, auch bereit ist, für ihre Arbeit ein wenig auch noch so geringes Opfer zu bringen. Die Eisernen Front erwartet, daß in dieser Woche alle, die ein erneutes Bekenntnis zur Republik ablegen wollen, sich persönlich zu ihr bezeichnen.

Sie erwartet, daß ein jeder, auch der höchste Funktionär, persönlich in den Rüstkommissionen seinen Namen einzeichnet!

Ihre Ruf wendet sich nicht nur an die bereits organisatorisch Erfahrenen, er ergeht vielmehr an alle! Alle Republikaner werden aufgerufen, sich an diesem Volksgehren der Eisernen Front gegen den Faschismus zu beteiligen. In dieser Woche gilt es, den Freiheitswillen und das öffentliche Bekenntnis aller republikanisch Gesinnten zur demokratischen Republik zu bezeugen!

Der Kampf der Eisernen Front hat bisher schon Widerhall bis weit in die Reihen des Bürgertums hinein gefunden. Alle, diejenigen, die nicht dem Massenwahn des Faschismus verfallen sind, denen es Ernst ist um Recht und Freiheit, schließen sich immer mehr zusammen. Die republikanische Aktion war ein Symptom des demokratischen Bürgertums. Die Tagung der republikanischen Presse in Berlin hat bezeugt, daß außerordentlich stark und einflussreiche öffentliche Redakteure bereit sind, sich wie ein Mann hinter die Reichsregierung zu stellen, wenn sie für die Sache des verfassungsmäßigen Rechts und der verfassungsmäßigen Freiheit eintritt.

Durch ganz Deutschland und über Deutschlands Grenzen hinaus wird die Erkenntnis wirksam, daß die Deutschen nicht ein Volk von Knechten sind, die sich von politischen Abenteurern einer faschistischen Diktatur unterwerfen lassen, sondern daß ihre besten Kräfte zusammenstehen, um das Recht und die Freiheit zu verteidigen.

### Beamte, wehrt und schützt euch! Gegen nationalsozialistischen Terror

Bei dem Vorsturz des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats ist, um dem nationalsozialistischen Terror in der Beamtenschaft entgegenzutreten, eine Terrorabwehrstelle errichtet worden. Sie erläßt in der jeden erscheinenden neuen Nummer der Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats folgenden Aufruf:

Beamte der Republik! Laßt euch nicht weiter durch den Terror nationalsozialistischer Agitatoren einschüchtern. Ihre Drohungen, republikanische Beamte ohne Pension auf die Straße setzen zu wollen, sind leere Großsprecherreden; denn das „Dritte Reich“ wird niemals kommen, es ist ein Phantom. Die deutsche Republik steht fest und unerschütterlich.

Die greulichen Feinde der Republik an! Wer die deutsche Republik kürzen will, kann nicht Beamter der Republik sein. Beamte, die sich zum „Dritten Reich“ bekennen, werden sich rückwärts öffentlich mit Namen nennen; sie haben ihren Dienst eubekannt.

Es gibt jetzt aber auch im Bekenntnis zur Republik keine Unschuld mehr. Die nationalsozialistischen Beamten merken sich die Namen besser, die mit den Nationalsozialisten sympathisieren und in ihre Verhaftungen laufen. Auch sie werden jetzt öffentlich zur Verantwortung gezogen!

Wir stehen jetzt zusammen. Die Verlangen aber auch von den Behörden, daß sie energig dem nationalsozialistischen Angriff ein Ende machen. Die sorgen dafür, daß jeder Fall nationalsozialistischer Terror verfolgt wird.

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, sich in allen Fällen an die Terrorabwehrstelle beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1, zu wenden.

# Fort mit den Fürstentributen!

## Die Nationalsozialisten haben auch daran kein Interesse

Am Donnerstag begann im Rechtsausschuß des Reichstags die Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs über die Neuregelung der Fürstentributen. Zunächst entspann sich ein Kampf um den Namen des Gesetzentwurfs. Die Sozialdemokraten verlangten die Bezeichnung „Gesetz über die Neuregelung der Fürstentributen“, die Nationalsozialisten die Bezeichnung „Gesetz über die Neuregelung der Fürstentributen“. Der Reichspräsident hat sich für die Bezeichnung „Gesetz über die Neuregelung der Fürstentributen“ entschieden.

Die Begründung gab Abg. Wagner (Soz.) mit dem Hinweis darauf, daß der sozialdemokratische Gesetzentwurf ja nicht eine materielle Neuregelung der Fürstentributen von Reich wegen erstrebe, sondern lediglich die Bänder zur vorläufigen Einheitsstellung der Zahlungen und zur Neuregelung der Ausstattungsbedingungen ermächtige. Diese Ermächtigung aber müsse der Reichstag ausdrücken angesichts der Tatsache, daß durch die Notverordnung fast alle Kreise der Bevölkerung mit wirtschaftlichen Opfern belastet worden seien.

es gehe nicht an, die ehemaligen Fürsten und Landesherren von der Teilnahme an den Notverordnungen der Zeit auszuscheiden.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Goerling griff den Gesetzentwurf natürlich scharf an, bezeichnete ihn als eine dreifache Verletzung der Verfassung und wagte die größte Behauptung, es sei sich um einen unantastbaren Ubergang in die Rechte der Bänder handelte. Aus Dankbarkeit, Anhänglichkeit und Erue gegenüber den ehemaligen Herrscherhäusern lehnte er den Gesetzentwurf ab, der einen Appell an den Reich und Hof darstelle. Gegen den Gesetzentwurf sprach sich ebenfalls für die Bänderpartei der Abg. Gummig aus.

Bei Schluß der Sitzung, in der die Generaldebatte noch nicht zu Ende geführt wurde, entspann sich ein neuer Beschäftigungs-Kampf, in dem Abg. Goerling behauptete, die Antragsteller hätten nicht nur ungenügendes Material, sondern könnten nicht einmal be weisen, welche Bänder an einem solchen Beschluß des Reichstags interessiert seien. An Freuchen, 3. B. würden ja überhaupt keine Renten mehr gezahlt. Demgegenüber machte Abg. Seger (Soz.) darauf aufmerksam, daß der Freisinnige Antrag die Abschaffung staatsparteilicher und kommunaler Beiträge in der gleichen Sache ausdrücklich abgelehnt habe mit dem Hinweis auf die Verhandlungen im Rechtsausschuß des Reich-

tags. Außerdem bezeichnete Genosse Seger die Bedeutung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs als

die politische Vorbereitung eines Wiederaufnahmeverfahrens in Sachen Fürstentributen.

Bei der heutigen Fortsetzung der Generaldebatte führte Abg. Seger-Dellau aus, man wäre nach der Darstellung Goerlings über die Notlage der Fürsten verärgert, die Armen in die Bändertribüne einzubeziehen. Seger wies auf die Verhandlung im Hauptausschuß des Reichstages vom 12. Dezember hin. Der dort behandelte staatsparteiliche Antrag führte aus, daß die Abschaffung der Hofrenten vom Jahre 1926, ebenso übrigens wie das Beamtenbesoldungsgezet vom Jahre 1927, unter ganz anderen finanziellen Voraussetzungen beschlossen worden sei, als sie heute beständen.

Besonders wirkungsvoll unterstützt wurde der Gesetzentwurf weiter durch den Abg. Hansberg (Soz.). Es sei unerschütterlich, daß gegen den gelunden Grundgedanken dieses Antrags feindliche Einwände erhoben werden. In einer Zeit, in der man sogar den Arbeitern zuzume, auf zwei gehaltete Lohnsteuern zu verzichten, sollten ungeschertete Beiträge und Renten der Fürsten keiner Pension unterzogen werden können? Das sei ein unantastbarer Standpunkt, er behaupte, daß es überhaupt erst eines sozialdemokratischen Antrages bedürft hätte, um diese Frage zur Erörterung zu bringen. Selbst für das Zentrum erklärte Abg. Schetter, daß ihm auch schon in öffentlichen Versammlungen die Frage gestellt worden sei, wie es um die Sache der Fürstentributen im Reichstag stünde. Er bejahe das Bedenken, sich auf Grund des von der Regierung zu ermanenden Materials von der gegenwärtigen Lage und den Möglichkeiten einer Revision ein Bild zu machen.

Die Kommunisten mußten natürlich wieder eine Extratour machen und stellten den verfassungsmäßig gar nicht durchführbaren Antrag, die Bänder zur Neuregelung der Fürstentributen zu verpflichten (der sozialdemokratische Antrag trifft selbstverständlich nur von einer Ermächtigung an die Bänder), da es Sache der Regierung sei, unterer Partei vorgeschriebenes Verzeichnis der Fürstentributenangelegenheiten neu zur Debatte zu stellen.

Der Ausschluß verlangte schließlich die Einberufung bis Anfang Februar und zwar mit der ausdrücklichen Forderung an die Regierung, das Material beizufügen zu beschaffen.

### Keine Brotverteuerung

Erklärung des Reichskommissars

Der Reichskommissar für Preisüberwachung gibt neben einer Reihe weiterer Ermäßigungen städtischer Tarife im Reich bekannt, daß eine Brotverteuerung nicht zugelassen werden würde. Die Preisüberwachung bis zur neuen Ernte sei vollkommen gesichert.

### Löbe spricht zur Jugend

Sozialistische Aufgaben für das Entscheidungsjahr 1932

Wilhelmshaven, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In einer Kundgebung des sozialistischen Jugendrates und anschließend in einer massiven, überfüllten Massenversammlung der „Eisernen Front“ sprach in Wilhelmshaven Reichspräsident Paul Löbe über das Thema: „Das Entscheidungsjahr 1932.“

Löbe behandelte in seinem Referat die an den Verlauf des Jahres 1932 insbesondere von den Nationalsozialisten getauften Erwartungen und gab dabei unter bester Zustimmung die Versicherung ab, daß auch in diesem Jahre das sogenannte Dritte Reich nicht entstehen werde. Ferner machte Löbe Mitteilung davon, daß die Sozialdemokratie dem Reichspräsidenten demnächst einen Plan unterbreiten werde, der es ermöglichen, durch Vergebung öffentlicher Arbeiten eine Million Erwerbsloser wieder in Arbeit zu bringen. Die Finanzierung dieses Projekts, das eine wesentliche Einparung an Aufwandsmitteln mit sich bringe, sei als sicher zu betrachten.

### Die Kürzung der Groppensionen

Abschluß im Ausschuß — Entschiedenheit liegt beim Reichstag

Die zweite Lesung des Pensionsstärkungsgesetzes wurde im Haushaltsausschuß des Reichstages gestern abgeschlossen. Die Beratungen begannen mit einem deutschnationalen Antrag, der überhaupt keine Höchstbegrenzung der Pensionen zustimmen wollte. Das wurde abgelehnt. Die entscheidende Abstimmung ergab, nachdem die verschiedenen Änderungsanträge mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt waren, die Beibehaltung des Höchstbetrags erster Lesung über das Höchstvergebot (Höchstpension) des Soll in keinem Falle mehr als 12.000 M. jährlich betragen. Für diesen Antrag stimmten nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die endgültige Gestaltung des Pensionsstärkungsgesetzes ist mit dem Abschluß der Beratungen im Haushaltsausschuß jedoch noch nicht erfolgt. Die Entscheidungen fallen erst im Plenum, und dabei müssen sich Zweidrittelmehrheiten ergeben, wenn der Entwurf Gesetzgebung erlangen soll.

# Für solche „Studenten“ müssen die Steuerzahler Gelder aufbringen! / Wie lange noch? Keine Unversitäten – reaktionäre Brufstätten! Neuer Nazi-Tumult an der Berliner Universität / Die Universität geschlossen

## Ein Beitrag zur Abrüstungskonferenz Die Hungerblockade

Verbietet den Hungerkrieg / Deutsche Erfahrungen

Die große Weltabrüstungskonferenz soll sich u. a. auch mit der Frage des Verbotens des chemischen und bakteriologischen Krieges befassen. Dies durch die moderne Technik vervollständigten Kriegsmethoden bedrohen auch die Zivilbevölkerung, Frauen, Kinder, Greise und Wehrunfähige. Von dem barbarischen Kriegsmittel aber, das dem chemischen und bakteriologischen Krieg in nichts nachsteht, nämlich der Hungerblockade, scheint man auf der Abrüstungskonferenz nicht sprechen zu wollen. Aber den Hungerkrieg darf man nicht übergehen: hat man doch in Deutschland während des Weltkrieges über die Hungerblockade die entsetzlichsten Erfahrungen gesammelt. Die Erfahrungen müssen jetzt bei der Abrüstungskonferenz verwertet werden, um allen Nationen die Schreden zu ersparen, die Deutschland während des Hungerkrieges durchgemacht hat. Auch der Hungerkrieg muß in Licht und Schatten geleuchtet werden.

Die Welt hat anscheinend vollkommen vergessen, welche Leiden das deutsche Volk unter der Hungerblockade durchgemacht hat, die ihr Ende nicht in dem Waffenstillstand fand, sondern darüber hinaus bis zum 28. Juni 1919 dauerte.

Die Geschäfte schlugen, aber der Hungerkrieg wurde gegen die deutsche Zivilbevölkerung noch über ein halbes Jahr fortgesetzt. Wie in Deutschland behielten über die Auswirkungen des Hungerkrieges ein sehr reiches und sehr trautes Material. Heute, am Vorabend der Abrüstungskonferenz, ist es an der Zeit, der Menschheit die Ergebnisse der Untersuchungen nochmals vor Augen zu führen.

Der Hungerkrieg gegen Deutschland hat 800 000 Menschen der deutschen Zivilbevölkerung getötet, ist es direkt durch Entziehung der Nahrung, ist es durch Untergrabung der Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten.

Mitten die tagtäglichen Todesfälle durch die Hungerblockade während des Waffenstillstandes werden auf 800 pro Tag geschätzt. Nichts rechnete man sich, hätte sich Deutschen einen weiteren Monat gemeldet, die harten Frierenbedingungen auf sich zu nehmen, sie hätte dies monatlich 24 000 weitere Todesfälle an Hunger zur Folge gehabt. Dies insbesondere auch zur Kenntnisnahme jener Unbeherrschbaren, die noch immer von „Dolchstoß“ phantasiieren! Seit dem Jahre 1916 mußte die Bevölkerung ein wichtiges Nahrungsmittel nach dem anderen entziehen oder erhielt es nur in ungenügenden Quantitäten.

Die Fleischversorgung sank ganz gewaltig. Fleisch, Eier, Milch und Butter entfielen mehr oder weniger, die Kartoffel wurde durch die minderwertige Rohrübe ersetzt.

Die Wirtungen auf die Volksgesundheit waren: Anfeigen der Sterblichkeit, Hungernöte, Ausbreitung der Tuberkulose, der Krankheiten der Atmungsorgane und der Magen- und Darmkrankheiten. Entsetzlich waren die Zustände in geschlossenen Anstalten (in Altersheimen, Siechenhäusern, Gefängnissen usw.). Die Berichte mancher Anstaltsärzte klangen verwehrt, wenn sie den Hunger der Anstaltsinsassen, die weggeworfene Rohrübe und allerlei Unverdauliches zu verschlingen suchten, um nur die Hungerqual zu stillen. Der von einem Siechenhaus eingeforderte Bericht lautete lakonisch: „Die Insassen sind alle gestorben.“ (Rubner).

In der Zeit- und Hungerkatastrophe starben in Hofheim starben in einem Jahre von 800 Frauen 474. Todesursachen: „Herzmuskelentzündung“, Seltener: völliger Zellmangel – „erschütterter“ wurde nicht auf den Todesfall geschlossen werden. (Rohrleit) Der Nahrungsmittelmangel war so groß, daß in manchen Städten, z. B. in Leipzig, der durchschnittliche Körpergewichtsumsatz 20 bis 25 Prozent betrug.

„Am Morgen, an den schütternden Steibern, an Saufräse, Riene und Auswurf sah man die Spuren des körperlichen Zusammenbruchs. Schlaflosigkeit, Müdigkeit nach mäßigen Anstrengungen gehörte zur Regel; die Frauen über die reißende Kost, über das unerträgliche Einzelne wurden überall laut, und Wagen, aber noch mehr Darmkrankheiten, darunter viele Todesfälle, kamen zur Beobachtung.“, schreibt Rubner. Die Empfänglichkeit für Infektionskrankheiten nahm zu. Viele Operationen mit günstiger Prognose endeten wegen der Entkräftung der Patienten tödlich. Alle längst als ausgeheilte Tuberkuloseherde lebten wieder auf. Die Tuberkulose nahm wegen Mangels an Fleisch und Milch einen schweren Verlauf. Von einer Kranenblut konnte man kaum mehr sprechen. Selbst in bringenden Fällen konnte keine Hilfe gebracht werden. Zum Sterben brachte man nicht erst den Hungerzug an; bei der allgemeinen Sinnlosigkeit und Schwäche und bei der Verminderung des ganzen Organismus genügte irgendeine beliebige Krankheit. (Rubner).

Furchtbar waren die Wirtungen auf die Kinder. Wenn allerdings viele Kinder die Hungerperiode überdauert zu überstanden, so war das darauf zurückzuführen, daß die Eltern zugunsten der Kinder hungerten. Infolge der unzureichenden Ernährung wurde die Milch stillender Frauen unzulänglich, Kuhmilch war fast nicht zu haben. Die Folge war große Sterblichkeit der Säuglinge. Die Tuberkulose trat bei Kindern in besonders bösartiger Form auf, daneben Radkittis und Anämien.

In Leipzig waren die Schulanfänger zu 50 Prozent unterernährt, in Kiel wurden im Jahre 1918 unter 36 000 Schulfürdern 1500 Fälle von ausgeprägter Strufoleose gezählt. Wie die Widerstandsfähigkeit der Schulfürdern litt, das zeigte die gesteigerte Sinnfälligkeit gegen Grippe. Zu Tausenden wurden die Kinder von der Grippe ergriffen, ein Teil starb. Infolge der einseitigen Gemütskost wurden die Kinder von Darmkrankheiten (Cholera) und Stomatitis ergriffen. Dazu kamen mangelhafte Kleider und durchsichtige Schuhe, stundenlanges Anstehen in frühesten Morgenstunden nach Schule und Lebensmitteln.

Die Statistiken rebeilen folgende Sprache: Im Jahre 1917 nahm die Zahl der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung um etwa 32 Prozent und im Jahre 1918, sogar um 37 Pro-

Am Freitagvormittag kam es an der Berliner Universität abermals zu außerordentlich schweren Zusammenstößen und Schlägereien. Eine heftige Liebermacht von Nazi-Studenten bewaffnete auf neue, welcher „legale“ Art die geistige Waffen sind, mit denen Hitlers Jünger das Dritte Reich zu erkämpfen gedenken.

In der deutschen Absicht zu prozessieren sammelten sich um 10 Uhr vormittags auf einer Seite der Universitätsvorhalle zahlreiche nationalsozialistische Studenten. Als sie sich mächtig genug fühlten, wurden plötzlich Sprechrohre angeklippt; der Donner der „Deutschland erwache – Juda verrecke“-Rufe, die hin und wieder auch vom Abingonen nationalsozialistischer Lieber abgelöst wurden, drang bis in die entferntesten Hörsäle und machte ein ungehörtes Arbeiten unmöglich. Nachdem sich die Nazis auf diese Weise in Kampfesmut gelungen hatten, gingen sie zu Tätlichkeiten über. Sie bildeten eine Kette und ließen niemand mehr durch den Vorkraum passieren. Schließlich begannen sie mit Feindseligkeiten. Einige jüdische Studierende, die sich von dem Kettentrupp umdrängt sahen.

Einige jüdische Studierende, die sich von dem Kettentrupp umdrängt sahen, wurden blutig geschlagen.

Mehrere Studenten erlitten schwere Verletzungen. Rantes Sobien und das Zertrümmern der Scheiben von Ausgehörtes letztere die Schmachtmittel. Als der Tumult seinen Höhepunkt erreicht hatte, erschien der Rektor. An der Hofnung, daß seine Autorität und Würde Ruhe schaffen würde, verfuhr er zu den Studenten zu sprechen. Aber er kam überhaupt nicht zu Worte. Die Prügelei nahm ihren Fortgang. Zur grenzenlosen Wut der Hitler-Kommands leisteten die republikanischen Studenten tatkräftig und stellenweise auch recht schmerzhaft verprügelten Widerstand. Einige Schupobeamte, die von mehreren Studenten herbeigeführt waren, wurden von den Nazis angepöbeln und angegriffen.

Schließlich trat Polizeiverstärkung ein, die von den Nazi-Studenten ebenfalls mit höchstem Gebrüll empfangen wurde.

Tafeln mit Anträgen der Universitätsleitung wurden den Beamten vor die Füße gemorren. Einem Schupo wurde das Seitengewehr entziffen; der Täter entkam. Es gelang den Beamten bald, die

Nazi-Studenten aus dem Vorkraum abzuräumen. Sieben wurden festgesetzt; ihre Aburteilung erfolgt durch die akademischen Disziplinarbehörden. Die Nazis antworteten mit wildem Toben.

Als die Polizei abgerückt war, begannen die Tumulte von neuem. Da sich die republikanischen Studenten im Vorkraum der Universität versammelt hatten, verteilte die Nazis ihren „Kriegsplan“ gleichfalls nach dort. Erst um 12 Uhr mittags trat Ruhe ein. Wegen der Gefahr weiterer Zusammenstöße verfuhr der Rektor die Schließung der Universität bis Montag früh. Die Nazi-Studenten quittierten die Beamtenschaft der Schließung der Universität mit einem wiederholten kräftigen „Heil“.

Der Deutsche Studentenerwerb veröffentlicht zu den Nazi-Studenten an der Berliner Universität folgende Erklärung: „Die rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft der Berliner Universität haben sich infolge der „Mißstände“ herrschende Erregung zuzunehmen gemacht und haben in einer Form, die sich von den Verfalls in Halle und anderen Universitäten in nichts unterscheidet, gegen die republikanischen Studenten Ausreitungen verübt, die geistig sind, den Ruf der Berliner Universität als Hauptbildungsstätte des Landes aus schwerer zu gefährden.“

Die in Deutschen Studentenerwerb zusammengeschlossenen republikanischen Studentenerverbände erbitten in der notwendig gewordenen Schließung der Universität eine Maßnahme, die für die Befriedung der Universität und Gewährleistung der Lehr- und Lernfreiheit nur von vorübergehender Wirkung sein kann. Die Verfalls der letzten Tage hervorriefen, daß die im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund zusammengeschlossenen rechtsradikalen Gruppen der Studentenschaft nicht gewillt sind, den Anordnungen des Rektors, der mehrmals persönlich eingetreten mußte, Folge zu leisten, ja vielmehr die Absicht haben, ihre Terrorakte gegen die republikanischen Studenten fortzusetzen.

Der Deutsche Studentenerwerb sieht sich gezwungen, das preussische Staatsministerium und die Universitätsbehörde zu ersuchen, eventuell mit den stärksten Mitteln gegen die in den Verfalls zutage tretende Verwahrlosung der Sitten an den Hochschulen vorzugehen und durch entsprechende Maßnahmen für die Sicherheit des ordnungsliebenden Teils der Studentenschaft – mehrere Studenten, darunter eine Studentin, wurden schwer verletzt – Sorge zu tragen.“

## „Bankrott der Medizin“ Lieber Rentienverantwortl. verlangt einen Urteilspruch „ur Sühne der Toten, um Augen der Lebenden“

Im Calmeite-Prozess hielt als Vertreter der Rentienfänger der Berliner Vereidiger Dr. Frey am Freitag sein mit Spannung erwartetes Plädoyer.

„Mein Prozeß ist, so begann Dr. Frey, die größte Enttäuschung meines Lebens gewesen. Der Bankrott der Medizin ist erklärt. Auf der Anklagebank sitzen drei Akademiker. Aber es gilt, mit dem alten Vorurteil aufzuräumen, als ob akademische Angelegte irgendeine andere Empfindungen bei einem Gericht auslösen als Leute der ärmeren Klasse. Es gilt, durch den Urteilspruch nicht nur das Ansehen der deutschen Justiz wieder herzustellen, es gilt zu erreichen, daß durch diesen Urteilspruch jeder im Volke sagt: So hätten wir geurteilt, es ist ein Urteilsgericht, das hier gesprochen hat.“

Für mich – fuhr Dr. Frey fort – sitzen auf der Anklagebank nicht drei Herren mit akademischen Vorkursen, sondern die Vertreter des in seinen Folgen richtig sich mein Rampf. Man experimentiert an den Vermissten der Armen! Inwiefern sind die Angelegten nicht nur ethisch, nicht nur moralisch schuldig, sondern sie sind auch juristisch schuldig. Die Schuld Professor Degdes ist größer als die der übrigen Angelegten. Dr. Wittke ist jünger als Professor Degde. Er war auch kein Jünger. Hätte er es gewagt, in Bünde irgend etwas zu kontrollieren, er wäre ordentlich aus dem Laboratorium herausgeworfen. Der wissenschaftliche Arrium Professor Degdes ist nur eine Ausrede. „Wissenschaftlicher Arrium“ ist eine Phrase. Ich hatte zu Beginn des Prozesses geglaubt, Professor Degde würde sich erheben, um zu bekennen: Ich bin schuldig. Darm hätte das Gericht gefolgt: als Richter muß ich dich verurteilen, als Mensch spreche ich dich frei. Heute muß das Urteil lauten: nicht nur als Richter, auch als Mensch spreche ich dich schuldig.

Wespaal – fragte schließlich Dr. Frey – hat man in Bünde die Anklage nicht auf zehn Kinder beschränkt? Nun: zehn Kinder, das hätte niemandem in Deutschland imponiert. Man wollte „etwas Großes“ in Bünde schaffen, die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt auf sich lenken. Das Urteil des Gerichts kann den Eltern die toten Kinder nicht zurückgeben, kann die erkrankten Kinder nicht heilen. Aber eine Freisprechung der Angelegten wäre ein Dolchstoß in die Unabhängigkeit der deutschen Justiz. Der Urteilspruch muß ausfallen zur Sühne der Toten, zum Nutzen der Lebenden.

Der leben und Tod erstellten Begleiter der Karsten-Zentrum-Gesetz bei Beuten haben der Öffentlichkeit ein Schreiben übergeben, in dem sie alle haben ihren persönlichen Dank aussprechen, „die mit Einsetzung ihres Lebens immer wieder vorstehen, um so viele wie möglich dem schwarzen Tode zu entreißen.“ In dem Schreiben heißt es weiter: „Inwiefern wird aus das treue kameradschaftliche Verhalten und die reifliche Hingabe der Zeugnismannschaft und aller Mitglieder der Belegliste sein, die, ohne sich selbst zu schonen, uns aus dem Grab herauszuholen, in dem wir uns in jüdischen leids Tagen befanden.“

## Laval spricht zum zweitenmal

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.) In der Freitag-Nachmittags-Sitzung der Kammer antwortete Ministerpräsident Laval nach einer sehr mühsamen Rede des jungen radikalen Abg. Bergery und einer in dem üblichen nationalsozialistischen Stil gehaltenen Rede des Abg. Soulier auf die verschiedenen Anfragen an die Regierung gerichteten Interpellationen. Das Haus war außerordentlich stark besetzt und hörte mit gespannter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Ministerpräsidenten an.

## Safentkreuzlerprovokationen Lügner und Schwinder werden gewalttätig

Magdeburg, 22. Januar. (Eigenbericht.) Eine von den Nationalsozialisten in Groß-Ammensleben bei Magdeburg einberufene öffentliche Versammlung endete mit einer schweren Schlägerei.

Die Nazis hatten zu der Kundgebung jeden ortsnahen Arbeiter eingeladen. Ein großer Teil der Arbeiter war der Einladung gefolgt. Die Versammlung begann mit einer Rede eines Nationalsozialisten. Anschließend folgte eine Diskussion. Vorher war zwischen dem sozialdemokratischen Distriktsleiter und dem Vorjungen vereinbart worden, unbedingt beruhigend auf die Versammlungsbesucher einzuwirken. Das geschah auch. Um aber doch einen Vorwand zu haben, den anwesenden Sozialdemokraten einmal eine Sektion zu erteilen, wurden die Nazianhänger auf andere Weis aufgepuscht.

Mitten im Schlusswort des Referenten unterbrach plötzlich der Versammlungsteil die Rede und stellte folgende unwahre Behauptung auf: „Achtung! Ich bekomme toben telegraphisch Nachrichten, daß in Magdeburg vor dem Gebäude der „Volksstimme“ vor wenigen Minuten ein SA-Mann erschossen worden ist. Ich bitte, sich zu Ehren des Toten von den Plätzen zu erheben.“ Obwohl das Schwandoln war, verfuhr die Mitteilung nicht ihre Wirkung.

Bald war die nötige eintrübnige Stimmung geschaffen. Unmittelbar danach drang durch eine im Rücken der Versammlungsbesucher befindliche, zu Beginn der Veranstaltung verschlossene Tür ein mit Schlagknäuel ausgerüsteter Trupp Magdeburger Nationalsozialisten in den Saal. Die Randgänger bemächtigten sich, die Nazis zurückzuhalten. Sie tauchten demnach sofort in der aufgeregten gemessenen Menge unter, und im gleichen Augenblick sausten Stöße und Biergläser durch den Saal. Bei dem Tumult ging das gesamte Mobiliar des Saales zu Bruch.

Es ist festgelegt worden, daß die zum Schluss der Versammlung in den Saal eingebrungenen, mit Schlagknäuel bewaffneten Nazis sich während der Versammlung an einer Stelle verhalten gehalten haben, von der aus sie den Verlauf der Versammlung genau beobachten konnten.

Als der Referent die letzten Sätze sprach und alles in größter Ruhe abgehenden schien, drangen die Nazis in den Saal, um die Saalstraße in Gang zu bringen. Zahlreiche Arbeiter, die durch die Hinterlist der Nazis völlig überrast waren, erlitten Verletzungen.

## Der Tod der Sieben

Die sieben von Tod erstellten Begleiter der Karsten-Zentrum-Gesetz bei Beuten haben der Öffentlichkeit ein Schreiben übergeben, in dem sie alle haben ihren persönlichen Dank aussprechen, „die mit Einsetzung ihres Lebens immer wieder vorstehen, um so viele wie möglich dem schwarzen Tode zu entreißen.“ In dem Schreiben heißt es weiter: „Inwiefern wird aus das treue kameradschaftliche Verhalten und die reifliche Hingabe der Zeugnismannschaft und aller Mitglieder der Belegliste sein, die, ohne sich selbst zu schonen, uns aus dem Grab herauszuholen, in dem wir uns in jüdischen leids Tagen befanden.“

zent gegenüber dem Friedensjahr 1913 zu. Nach fortgesetzter Berechnung ergab sich für die Jahre 1915 bis Ende 1918 insgesamt eine Zahl von 763 000 Todesopfern der Hungerblockade. Bis Juni 1919 waren also die 800 000 Toten erreicht. Im Jahre 1917 wurde in den Altersklassen der Kinder von ein bis fünf Jahren ein Mehr von rund der Hälfte, im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren sogar ein Mehr von 55 Prozent an Todesfällen gegenüber 1913 verzeichnet.

Bei den Frauen von 15 bis 30 Jahren ergab sich eine Zunahme der Todesfälle um rund 45 Prozent. Allein im Jahre 1917 sind über 50 000 Kinder im Alter von ein bis 15 Jahren und 15 000 Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren durch die Blockade dahingerafft worden. Bei den mehr als 60jährigen Männern und Frauen führte im Jahre 1917 der Hungerkrieg in rund 127 000 Fällen zum vorzeitigen Tode.

Die Hungerblockade war eine Sünde für das deutsche Volk! Die deutschen Regierungsoffiziere auf der Abrüstungskonferenz sind es den 800 000 Todesopfern der Hungerrückung Deutschlands im Weltkriege schuldig, daß sie auf der Konferenz eine Aktion einleiteten, durch die für die Zukunft eine Hungerblockade durch Vereinbarung der Nationen als Kulturmaßnahme in Licht und Bann getrieben wird. Vor allem aber darf es sich nicht mehr wiederholen, daß, während die Geschäfte schlugen und die Verhandlungen über den Frieden im Gange sind, Tag für Tag weiter Frauen und Kinder dem fortgesetzten Hungerkrieg zum Opfer fallen. Diese Forderung ist nicht nur von den Staatsmännern, sondern von allen Menschen, die sich das ursprüngliche Gefühl für Menschlichkeit bewahrt haben, zu vertreten! Die Hungerblockade muß durch die Abrüstungskonferenz geächtet werden; im Interesse der ganzen Menschheit.



# Die Machtprobe der Hochschulreaktion

## Im Interesse der wirklichen Studenten muß der Nazi-Terror gebrochen werden

Am Freitag meinte der Rektor der Universität, Prof. Dr. A. Uebin, in Berlin, wo er dem Kultusminister Bericht erstattete, um 6 Uhr abends lehre der Rektor aus Berlin zurück, um sich sofort in die Sitzung des Senats zu begeben. Neber das Ergebnis der Berliner Besprechungen wird vorläufig noch Stillschweigen bewahrt. Der Senat beschäftigte sich lediglich mit einem Vorschlag von Studenten, der am 19. Januar einen Anwalt vor der Tür des Dehnschen Hofsaals zur Explosion brachte. Er ist, wie wir hören, mit dem Ausschluß von der Universität Halle bestraft worden.

Am Samstag hatte die Theologische Fakultät der Universität eine außerordentliche Versammlung einberufen, in der eine Entschließung gefaßt wurde, in der der Rektor Uebin wegen seiner „Dokumente zum hallischen Universitätskonflikt“ gefordert wurde. In den nächsten Tagen werden wohl noch mehr solcher Forderungen eintreffen.

Der neuentflammte „Kampf um Dehn“ wird von der gesamten deutschen Presse als eine Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung lebhaft kommentiert. „Man macht dem Professor Dehn zum Vorwurf, er habe durch die Veröffentlichung der „Dokumente zum hallischen Universitätskonflikt“ den „Burgfrieden“ gebrochen, der seit dem Novembertrauwallen in Halle geherrscht habe“, schreibt der nach Halle entsandte Sonderberichterstatter des „M.“. Und er fährt fort: „Dieser Vorwurf, objektiviert und vom eigentlichen Konfliktsgegenstand ablenkend, soll Dehn von vornherein vor der Öffentlichkeit ins Unrecht setzen. Aber (so fragt der Berichterstatter), wann, auf Grund welcher Vereinbarung oder Erklärung herrschte in Halle Burgfrieden?“ „Unter dem Druck der drohenden Schließung der Universität hörten sie (die Studenten) zwar auf, Krawalle zu veranstalten, aber sie hoben auch in der Zwischenzeit nicht im mindesten von ihrem Kampf gegen Dehn ab. In Flugblättern, Beschriftungen, Karikaturen in jeder Nummer ihrer Zeitschrift griffen sie Dehn aufs Gröblichste an; eine Postkarte z. B., im Verlag der nationalsozialistischen Studenten erschienen und in großer Menge verteilt, zeigt unter einer geschwätzigen Karikatur Dehns folgende Worte: „Professor Warzer Dehn. Deutscher Volksgeselle, dieser Mann will ein christlicher Geistlicher sein und verbindet vom Ratgeber einer deutschen Hochschule, daß die Verroberung

des Kriegsdienstes sittliche Pflicht ist. Und er wurde nicht entlassen!“

So ungefähr sah der Burgfriede aus, den Dehn gebrochen haben soll.

Man wartete nur auf einen Anlaß, um mit dem Kampfe wieder beginnen zu können. Als die Broschüre Mitte Dezember erschienen war, geschah zunächst gar nichts. Das „M.“ schildert dann, wie erst ein Artikel des „M.“ vom 2. Dezember (1) Dehns, Prof. Gergs, in der „Breuschischen Kirchenzeitung“, die bezeichnerweise der nationalsozialistischen Studentenzeitung, „Sturmflut“, die an Stelle der verbotenen „Hallischen Universitätszeitung“ hier vertrieben wird, beigelegt und außerdem in einem Sonderdruck verteilt wurde, das Signal zum Großkampf gab. All diese dokumentarischen Feststellungen kennzeichnen nur immer wieder die von uns von jeder vertretene Meinung, daß der „Kampf“ um Dehn nur ein Vorwand ist für den Kampf um das „System“ in Breuchen. Mit dieser Schlussfolgerung schließt auch das „M.“ seinen Leitartikel.

„Denn es geht heute in diesem Kampfe ja nicht mehr allein um Dehn und um seine Lehre, um den religiösen Nazifasismus und die Ueberzeugung, daß sich das protestantische Christentum selbst sein Grab gräbt, wenn es noch mehr als bisher dem verzerrten Nationalismus nachgibt. Es geht um Triumph oder Niederlage der Hochschulreaktion, die den Fall Dehn zu einer entscheidenden Machtprobe machen will. Sie will ein Opfer haben, und Dehn, der Nazifist, der Warzer, der nicht den Krieg predigt, sondern die Versöhnung, soll dieses Opfer sein. Um dieser prinzipiellen Bedeutung willen, die der Fall Dehn nach dem Willen der Hochschulreaktion hat, ist es nötig, daß weder nachgegeben wird, noch Kompromisse geschlossen werden.“

### Salle ist nicht die Welt

Entsprechend den Weisungen aus München werden nach den hallischen und Berliner auch die Braunschweiger Nazistudenten, die sich im Klages-Reich schon ganz oben auf haben, benützt, alle arbeiten ehrenamtlich“, sagte der Kreisleiter Gruner aus. Es war gut, daß man ihn nicht verzeigte, denn er selbst mußte bald gehen, daß er wohl von der Kreisleitung kein „Gehalt“ bezog, daß er aber vielmehr an dem von ihm geleiteten Wirtschaftsverlag prozentual am Umsatz beteiligt ist. Daneben bekommt er als Propagandafeldleiter und Selbstverwalter Zusendungen. Außerdem ist seine Frau gegen Bezahlung bei der Kreisleitung tätig.

In Halle fehlen scheinbar Braunschweiger Erfahrungen.

## Prozent-Bonzen / Was eine Arbeitsgerichtsverhandlung über die Nazipartei als Arbeitgeber enthüllt

Vor dem hallischen Arbeitsgericht sagte gestern der ehemalige „Vrennig“-Redakteur Otto Riebel wegen mehrerer hundert Mark rückständigen Gehalts gegen die Kreisleitung der NSDAP, Halle als der Herausgeber des Agitationspapiers. Die Klage Riebels wurde mit der Verlinbung abgewiesen, daß die besagte Kreisleitung der NSDAP keine juristische Person, sondern nur eine Propaganda-Organisation sei. Von der ganzen NSDAP ist nur die Zentrale in München ins Vereinsregister eingetragen.

Das ist natürlich außergewöhnlich schlau von den Nazis, da bei dieser Hochlage niemand rechtliche Ansprüche an alle Unterorganisationen der NSDAP, erheben kann.

Die Verhandlung ergab ein ähnliches Bild wie die letzte, in der die Angelegenheit wegen Erweiterung der Beweisaufnahme vertagt wurde. Die besagte Kreisleitung verneinte — obwohl in mind-

liche Abmachungen bestanden und auch eine Kündigung schriftlich gegeben worden war —, daß der Riebel ein Anstellungsverhältnis bestanden habe. „In der ganzen Partei gibt es keinen Anstellungsverhältnis“, sagte der Kreisleiter Gruner aus. Es war gut, daß man ihn nicht verzeigte, denn er selbst mußte bald gehen, daß er wohl von der Kreisleitung kein „Gehalt“ bezog, daß er aber vielmehr an dem von ihm geleiteten Wirtschaftsverlag prozentual am Umsatz beteiligt ist. Daneben bekommt er als Propagandafeldleiter und Selbstverwalter Zusendungen. Außerdem ist seine Frau gegen Bezahlung bei der Kreisleitung tätig.

Das Doppelverdienstverhältnis spielt bei der hallischen NSDAP eine besondere Rolle.

Auch der Geschäftsführer der hallischen Ortsgruppe, Herr Brand, ist mit seiner Frau zusammen gegen Entgelt in der Partei tätig. Und erst die ganz großen Namen, Herr Jordan und Herr Czarnowski, beziehen Gehälter von mehreren hundert Mark im Monat. Wo soll denn auch das diese Geld bleiben, das durch die „Sammlungen z. B.“ im Mindestbetrage von 3 M. zusammengebracht und auch in Halle von bürgertümlich-kapitalistischen Kreisen als Opfer für eine illegitime Wirtschaft der Partei gebracht wird! Nach außen hin tarnt man die Einkommen natürlich, um sich den Anfeinden zu geben, die Partei registrierte nur aus dem Idealismus der Parteimitglieder heraus; in Wirklichkeit aber trägt man denselben Lebens, die man bei anderen als Bonzenwirtschaftlich verbringt. Gegen all dies wäre am liebsten zu sagen, wenn wenigstens Gerechtigkeit herrschte.

Aber während sich die großen Herren die Taschen füllen, läßt man die kleineren, mehr arbeitstüchtigen Parteimitglieder Arbeitslosenunterstützung bestreiten. Und so erleben wir tatsächlich das Unrechtliche, daß die Arbeit der Nazis zu einem großen Teile vom Staate, den sie bekämpfen, finanziert wird.

Riebel war zunächst ehrenamtlich für das „Vrennig“ als Redakteur tätig. Als das Blättchen Geld abwarf, sollte er Gehalt bekommen. Er bekam aber nur einmal den Betrag von 5 M., ausbezahlt und sonst nur seine Spesen erhielt. Im übrigen konnte er von Zeit und Unterstützung leben. Herr Czarnowski aber bezogte von den Einkünften dieses von ihm herausgegebenen Blättchens insofern seine

## Berzweifelter Kampf an der Wohnungstür

### Zwei junge Burchen überfallen und schlagen eine Aufwarterin nieder

Am gestrigen Tage gegen 10.30 Uhr wurde in dem Hause Robert-Planck-Ring 14 ein dreierlei Mannsbild verhaftet. An der Wohnungstür eines Hausbesohners klingelten zwei Burchen im Alter von 20 bis 23 Jahren. Als die in der Wohnung allein anwesende Aufwarterin nach dem Begehren der beiden fragte, meldete einer von ihnen einige unverständliche Worte gerade so, als ob er ein Almosen haben wollte. Im gleichen Moment sprang der andere hinter der Türe hervor und schlug die Frau an die Kehle. Er brach sie in die Wohnung, während der andere folgte und die Tür hinter sich schloß.

Es entspann sich nunmehr zwischen dem Angreifer und der Frau ein verzweifelter Kampf, wobei die Angreiferin im Korridor etwa 5 Meter bis zur nächsten Zimmertür geschleift wurde. Der Läter versuchte noch der Frau, die laut um Hilfe schrie, den Mund zuzuschnüren. Als die Frau am Boden lag, trat sie einer der Burchen an den Kopf. Sie trug eine Kopfbedeckung und Kravatten um Hals und im Gesicht waren durch die Schüsse fünf Panzenwunden aufmerksam gemacht worden.

ben, so daß die Banditen die Flucht ergreifen mußten. Wie der Polizei bekannt ist, handt zu dieser Zeit vor dem Grundstück Robert-Planck-Ring 14 ein Mann, der unbekannt geblieben war, wie die beiden Burchen fluchtartig das Haus verlassen und eine genaue Personenbeschreibung der beiden wird abgegeben können. Er wird gefangen, sich umgebend im Polizeipräsidium, Zimmer 100, zu melden.

Derartige Fälle haben sich in der letzten Zeit in Halle und anderen Städten wiederholt ereignet. Mit dieser zunehmenden Unsicherheit muß jeder einzelne seine Aufmerksamkeit verdoppeln. Insbesondere für die Frauen müßte es eine Warnung sein, nicht bei jedem Klingeln oder Klopfen leichtfertig die Korridortür zu öffnen. Es kann in diesem Zusammenhang empfohlen werden, die Korridortür mit einer Sicherheitskette, die ja nicht teuer ist, zu versehen, damit man vor ähnlichen unliebsamen Überwachungen möglichst geschützt ist.

Ein Trost in allen Plagen:  
Die Sicherheit der Spareinlagen

Keine Macht auf Erden  
Kann die Spareinlagen gefährden

**Arbeiter  
Beamte  
Angestellte**

**Landwirte  
Handwerker  
Ladenbesitzer**

**Einwohner  
des  
Saalkreises**

Euere mühsam erworbenen, mit Entbehrung zurückgelegten Ersparnisse, als Notgroschen oder letzte Reserve an Betriebsmitteln, sind für Euch und die gesamte Wirtschaft doppelt wertvoll

**Eine sichere Anlage hat daher größte Bedeutung!**

Wo sind die Ersparnisse **sicher**? Bei der **Sparkasse!** Warum sind sie **sicher** bei der Sparkasse? Weil sie hier unter dem Schutz des ganzen Volkes stehen!

# SPARKASSE DES SAALKREISES

Gegründet 1846

Hauptstelle Halle a. S., am Stadttheater

35 Nebenstellen überall im Kreise











# Drama in der Bauwirtschaft

## Ohne Hauszinssteuer ... / 80 Prozent Arbeitslosigkeit — und kein Ausweg

Im Dezember 1931 waren im Deutschen Baugewerbe 84,4 Proz. händlerische Arbeiter arbeitslos. Der Höchstgrad der Arbeitslosigkeit fällt gewöhnlich in den Monat Februar. Es ist anzunehmen, daß im Februar 1932 mit 92 bis 95 Proz. Arbeitslosen im Baugewerbe zu rechnen hat.

Die Rückwirkungen der Krise in der Bauwirtschaft auf den Geschäftsumsatz der Gesamtwirtschaft und auf den Binnenmarkt sind außerordentlich: für 1931 entfiel im Baugewerbe gegen 1930 ein Umsatzaufschlag von 3,3 Milliarden Mark, gegen 1929 ein Ausfall von 5,6 Milliarden und gegen 1928 ein Umsatzaufschlag von 5,7 Milliarden Mark. Die Defizitbilanz hat sich bisher kaum Rechtfertigung über diese Dinge gegeben. Es ist bis jetzt noch zu wenig erkannt worden, daß Deutschland im Jahre 1932, mehr als die Dinge im vorhergehenden Jahr, vor der Notwendigkeit einer Notstandsaktion für alle im Baugewerbe Beschäftigten stehen wird.

Es ist das Verdienst des Deutschen Bauwertverbundes, in einer noch vor Erlass der Vierten Notverordnung der Reichsregierung

rente für Hypotheken auf 1/2 Proz. zu setzen. Die wiederum führende Kapitalrentensteuer soll für steuerfähige Zwecke reformiert werden. Die Beschaffung nachstehender Hypotheken ist vom Staate planmäßig zu organisieren.

Es mag offen bleiben, ob die Vorschläge des Baugewerbetabes ausreichen oder voll durchführbar sind.

Rein Zweifel ist jedenfalls, daß die Preisgabe der öffentlichen-wirtschaftlichen Bauförderung ein finanz- und wirtschaftspolitischer Irrweg sowie eine konjunkturelle Zerrleihe von unabsehbaren sozialen und allgemeinpolitischen Gefahren ist. Rein Zweifel ist auch, daß der fehlerhafte Sittet der zunehmenden Ausbittung der

Konjunkturstörungen durch die finanzielle Ausbittung des Baugewerbes 1932 und in den folgenden Jahren zur zunehmenden Beschäftigung durch die Exportindustrie und schließlich der heimischen Beschäftigungslage verhelfen wird; denn es ist eine Illusion, daß die private Bauinitiative mit ihren hohen Zinssätzen die öffentliche wird ersetzen können, wenn ausreichend billiger ausländischer Kredit ausser Acht gelassen wird, was auf absehbare Zeit wahrscheinlich ist. Und es bleibt auch nicht mehr viel Zeit zur Einkehr, zur Umkehr und zu neuen Entschlüssen: Wenn das Jahr 1932 endgültig eine Dauerarbeitslosigkeit von 75 bis 80 Proz. im Baugewerbe gebracht haben wird, dann wird eine Umkehr in der Finanz- und Wirtschaftspolitik mit ungeheuren Weiterkosten bezahlt werden müssen.

# Devenschieber verhaftet

## Einem großen Betrug in Berlin auf der Spur

Von der Berliner Zollfahndungsstelle ist der erste Fall umfangreicher Diebstahle gegen die Dreiviertelordnung aufgeklärt worden. Im Zusammenhang mit dem Diebstahl ist der in Deutschland und Fremdländer, Dr. Gutzberg, verhaftet worden, ebenso ein Bankfunktionär in der Berliner Friedrichstraße, der Schwager eines der Inhaber der englischen Bank. Durch das Eingreifen der Zollbehörden ist das Reich vor einem erheblichen Schaden bewahrt worden. Es verriet, daß im Laufe des heutigen Tages weitere Verhaftungen erfolgen werden.

Dem Bankhaus Singer u. Friebländer war von deutscher Seite der Austausch von Schuldverschreibungen in Höhe von einer Million Mark, die für die Firma im Augenblick nicht verwertbar waren, in Verzugsetzung der Deutschen Reichsbahn in gleicher Höhe zugewilligt worden. Gutzberg erhielt von der englischen Firma den

Auftrag, die Transaktion durchzuführen. Statt aber die neuen Wertpapiere, wozu ihm die Genehmigung erteilt worden war, nach London zurückzubringen, verkaufte er Reichsbahnobligationen an eine Reihe von Bankfunktionären und Privatbankiers und ließ sich bei seinen überaus wohlhabenden Bekannten Reichsmarkbontanten einschleichen. Die Bestimmungen belagen nun, daß diese Bontanten von den Banken als sogenannte Sperrenten geführt werden müssen und der Kontoinhaber nicht mehr das Recht hat, über die Gelder frei zu verfügen. Gutzberg konnte in diesem Zusammenhang Reichsmarkbontanten in die Höhe treiben, indem er ihnen nur durch Vermittlung von Gutzberg ihre Schulden bei deutschen Firmen in Reichsmark abgab, sondern auch Einfäufe tätigte.

Gutzberg wurde in dem Augenblick verhaftet, als er auf dem Anhalter Bahnhof einen Zug nach der Hofschloßstraße betreiben wollte. Von der Zollfahndungsstelle konnten bisher 550 000 Mark sichergestellt werden. Man hofft, daß die restlichen 450 000 Mark im Laufe des heutigen Tages beschlagnahmt werden können.

## Eine Wahl in Hessen

### Korrektur zum Landtagswahl-Ergebnis

Ein merkwürdiges Ergebnis brachte die Bürgermeistereiwahl in Höchstheim bei Mainz. Dort hatten bei den Landtagswahlen am 15. November 1931 Zentrum 629, Soz. 662, Nation. 322, Kommunisten 417 und Evang. Volksdienst 60 Stimmen erhalten. Bei der Wahl am 17. Januar wurde der sozialdemokratische Kandidat mit 1371 Stimmen vor dem Zentrumswerber (679 Stimmen) und dem Kommunisten (165 Stimmen) gewählt. Es müssen also nationalsozialistische Wähler vom November für den Sozialdemokraten gestimmt haben, was allemal ist auch der Verlust der Kommunisten mit 252 Stimmen.

Übergeben den Denkschrift die volle Verantwortung der Reichsfinanzpolitik für die Vermählung der Bauwirtschaft festgestellt und diese Verantwortlichkeit nachgewiesen zu haben.

Diese Denkschrift ist heute, wo das endgültige Ergebnis der Bauwirtschaft im Jahre 1932 und deshalb ernste und dringliche Aufgaben zur Förderung der Bauwirtschaft vor uns stehen, von allerhöchstem Interesse.

Das Verhältnis begann im Jahre 1929, als die Folgen der Weltwirtschaftlichen Krise sich fühlbar machten, sich bei den Kommunen auswirkten und die Sparkassen nicht wie bisher die Hälfte aller Reueinnahmen zu Sparzwecken ausgaben, sondern zur Schuldentilgung verwenden mußten. Das Verhältnis steigerte sich seit den Septemberwahlen 1930, als die politische Arbeit der Reichstages und Vertrauenssicherung für das Kabinett Brüning den Hausbesitzern die Macht gab, die das Ängstliche an der Waage bildeten. Es vollendete sich mit der finanziellen Notverordnung, die dem „Interessentenbau“ bei steigender Arbeitslosigkeit Wohnbauentlastung gewährte und schließlich den Wohnungsbauentlastung an der Hauszinssteuer bis zur letzten Mark der Bauwirtschaftsförderung entzog.

Es sind ausschließlich innerwirtschaftliche und finanzpolitische Maßnahmen, die zur Katastrophe in der Bauwirtschaft geführt haben.

Daß ein unwirtschaftlicher Wohnungsbau und öffentlicher Baubetrieb vorhanden ist, wurde von der Finanzkommission in Liebermanns Bericht mit der letzten Theorie von der Unproduktivität öffentlicher Bauförderung schließlich verneint. Das geschah, obwohl keinerlei finanzielle Botschaft für die Finanzierung der Bauinitiative getroffen war, wenn die öffentliche wegfallen würde. Auf ein ganzes Jahrzehnt hinaus besteht jetzt noch ein Bedarf von jährlich noch 300 000 Wohnungen. Der öffentlichen Kapitalbildung und der verbilligten, baufördernden öffentlichen Kapitalverwertung stand man absehend gegenüber, weil die Finanzbürokratie im Rahmen der privaten Kapitalbildungspolitik lag. Die Umkehrung der Bauinitiative an die Privatwirtschaft wurde gefördert.

Die Hauszinssteuer, verbilligende Bauförderung wurde als überflüssig erklärt, obwohl der Wegfall der Hauszinssteuer die Hauszinssteuererträge in eine unangenehme Mindersteuerung bringen, die den Bauern überhaupt nutzlos machen mußte.

Dabei drückte man sich — fast grundlos — um die Lösung des Problems der zweiten Hypothek. Obwohl der Baunarkt und der Bauentlastung der Hauszinssteuer die einzige Konjunkturförderung für Arbeiter waren, wurden in relativ günstigen Konjunkturlagen die Realsteuern auf Kosten der Hauszinssteuer gesenkt und schließlich den Kommunen der Rest der Hauszinssteuer zur Schuldentilgung für die steigenden Wohnlasten übertragen. Den Hausbesitzern, von denen, die „Ingenieurhaftigkeit“ der Hauszinssteuer und von dem kapitalbildenden Charakter ihrer Aufhebung wurde Vorbehalt gefordert; die fallenden Behauptungen der Bauwirtschaftskommission von den Preissteigerungen im Wohnungsbau, die fälschlich sind gegenüber den Kapitalverhältnissen in der Industrie, wurden aufgegeben und erhielten den öffentlichen Segen der Regierenden, denen solche „Hefflungen“ willkommen waren. Man machte Reueinnahmeprogramme, denen die finanziellen Unterlagen fehlten oder denen man sie im Verlauf der weiteren Dinge entzog.

Das sind die niederbrütenden und anfangenden Schlussfolgerungen, die sich der Öffentlichkeit aus dem in der Denkschrift des Baugewerbetabes dargelegten Material über die Verantwortlichkeiten an der katastrophalen bauwirtschaftlichen Entwicklung aufdrängen müssen.

Auf die Frage, was geschehen soll, gibt die Denkschrift eine Antwort, die auch und erst recht noch nach der vierten Notverordnung einen richtigen Weg weist:

Die seit 1929 durchgeführte Preisgabe der öffentlichen Bauförderung muß als grundsätzlicher Irrtum erkannt werden. Die Hauszinssteuer darf nicht beseitigt, der Bauentlastung der Hauszinssteuer muß weitgehend wieder beseitigt werden; dazu gehört, daß die Realsteuerentlastung auf Kosten der Hauszinssteuer als volkswirtschaftliche Unmöglichkeit erkannt wird, weil 1932 keine einzige Hauszinssteuer mehr zur Verfügung steht, mehr als 1930 geplante Bauwirtschaftslohn des Reichs — mindestens 750 Millionen Mark — so schnell wie möglich mobil gemacht werden. Im neuen Wohnungsbauvermittlungsgesetz zu machen, ist auf eine Reihe von Jahren die Zügelung

# Der Ueberfall auf Betriebsarbeiter

## Empörung der Arbeiter über die Nationalsozialisten in Braunschweig

Aus Braunschweig wird gemeldet:

Die Vorfälle vor dem Braunschweiger Magazetteil sind als bedeutend ernster heraus, als es zunächst den Anschein hatte. Nachdem bereits am Mittwoch nach Betriebsbeginn die Nazis den Arbeitern aufmarschieren und durch die Polizei vertrieben worden waren, trafen heute Abend die Insassen der SA-Kaserne, schwer bewaffnet und zum Teil uniformiert, in Kolonnen an und schürmten rund um die Fabrik aus. Abhängig nach Hause gehende Arbeitergruppen wurden beschossen und überfallen. Zwei sozialdemokratische Arbeiter wurden durch Stechschüsse in den Arm bzw. in den Unterleib schwer verletzt. Außerdem gab es vier Leichtverletzte.

Der feige Ueberfall wurde von der Nazis der technischen Angestellten des Betriebes geübt. Als die zunächst überrollenden Arbeiter die letzten Kassenverlässe in die Flucht schlugen, erhielten die Nazis im Verwaltungsgebäude Unterschlupf. Der mit ihnen sympathisierende Portier schloß auf die nachdringenden Arbeiter mit der Gewehrfeuer und schlug ein eine schwere Kopfwunde zu. In der Portierloge wurden von der viel zu spät eintreffenden Polizei Schußwaffen und Schlagwerkzeuge beschlagnahmt, die anschließend die Nazis zur Verwahrung abgegeben hatten. Ein einziger Nationalsozialist wurde festgenommen.

Die Braunschweiger Arbeiterkraft ist über den mehrerwähnten Verbrechen Ueberfall der in heiligen Tageszeiten untergebrachten Betriebe ungeheuer empört.

## Klagges gegen Groener

Braunschweig, 22. Januar. Das braunschweigische Staatsministerium teilte mit: Der Herr Reichsminister des Innern hat die braunschweigische Regierung ersucht, die „Braunschweigische Landeszeitung“ wegen des Aufsatzes in Nummer 13 vom 13. d. M. unter der Überschrift „Auf der Straße“ im Hinblick auf die darin enthaltene Kritik des Herrn Reichsministers auf die Dauer von einer Woche zu verbieten. Der braunschweigische Minister des Innern hat diesem Ersuchen nicht entsprechen können und gemäß § 13 Abs. 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März v. J. die Einweisung des vierten Straßensatzes des Reichsgerichts angereuert.

## Der Rückgang der Produktion

### Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht eine Bilanz der industriellen Produktion für Ende 1931, wonach die gesamte Produktionsgütererzeugung auf den Stand der Jahre 1897/98 und die Verbrauchsgütererzeugung auf den Stand der Jahre 1905/1906 zurückgerückt ist.

Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht eine Bilanz der industriellen Produktion für Ende 1931, wonach die gesamte Produktionsgütererzeugung auf den Stand der Jahre 1897/98 und die Verbrauchsgütererzeugung auf den Stand der Jahre 1905/1906 zurückgerückt ist. Die Verbrauchsgütererzeugung hat danach weniger gelitten als die Erzeugung von Produktionsgütern, Maschinen usw. Unter der Verbrauchsgüterindustrie kommt zum Beispiel die Textilproduktion bei geringen Abgängen und Handel einen verhältnismäßig günstigen Stand beizubehalten. Die Beschäftigung der Textilproduktion, 1928 = 100 gesetzt, betrug im Juni 1931 etwa 87 und lag im November ungefähr bei 91. Dagegen ist die arbeitsfähige Rohleisenerzeugung von 19 200 Tonnen im Juni 1921 auf 14 200 im November 1931 und 11 400 Tonnen im Dezember 1931 gesunken, d. h. im Dezember 1931 wurde noch so viel Rohleisen produziert wie im Monatsdurchschnitt des Jahres 1888, wobei die Berechnung von dem ehemaligen Reichsgedie ausgeht.

Die Indizes der Produktion, die im Jahresmittel 1931, 1928 = 100 gesetzt, noch 74,4 Proz. betragen hatten, sanken im November auf 63,8 und büßten im Dezember höchstenfalls 63 erreicht haben. Im Verlauf des Jahres 1931 hat sich die industrielle Produktion in Deutschland der Menge nach um etwa 12 Proz. vermindert. Noch stärker war der Rückgang der Produktionswerte. Im Jahresdurchschnitt 1928 wurden monatlich für rund 7 Milliarden Mark Industriewaren erzeugt. Gegen Ende 1931 büßte der Wert der Monatsproduktion fast 3,5 Milliarden Mark erreicht haben. Vom Rückgang sind fast alle Zweige der Gütererzeugung erfaßt worden. Nach den vorliegenden Unterlagen haben lediglich die deutsche Erbsenproduktion und die Kupfererzeugung zugenommen. Die bessere Erbsenproduktion geht auf den Aufbruch von neuen reifen Quellen in Thüringen zurück. Die Kupfererzeugung, die ausschließlich auf die Mansfeld AG. im Eschweiler Bezirk entfällt, erhält durch Preußen und das Reich Subventionen.

## Neuer Betrugsfalland

Die Berliner Staatsanwaltschaft erließ einen Steckbrief hinter dem nach Italien geflüchteten Berliner Großkaufmann Karl Scheidemantel. Der Geladene, Inhaber einer der größten Berliner Kapitalgesellschaften, wird beschuldigt, die DD-Bank und andere Kreditgeber um Hunderttausende Reichsmark zu haben. Scheidemantel soll u. a. die Berliner Kapitalgesellschaften für die DD-Bank eingerichtet und daraufhin Geld ausgeht erhalten haben.

## Börsen, Märkte und Handel

### Berliner Getreidebörsen vom 21. Januar

#### Unschärfe — wegen Brotpreisverhandlungen

Am Freitag die Grundmehlmarktung zunächst fast leblos, machte sich im Verlauf der Börse eine gewisse Wiedergeburt bemerkbar. Ein Bruch der Preisstabilität erfuhr jedoch am 2. bis 3. März. Die Hälfte dieses Preisrückganges ging jedoch später wieder verloren. Börsen dagegen hatte zu Beginn unruhigere Notierungen, während am Schluß die Notierungen um 1/2 Mark höher lagen. Die prompte Ware ist das Weizenangebot bei den letzten Preissteigerungen etwas größer geworden. Schon seitdem die Kaufleute keine großen Beständen mehr haben, sind die Notierungen für den Sommer wieder die Preise für prompte Ware um 2 Mark erhöht. Börsen dagegen erzielte im prompten Ware etwa 2 Mark. Die Notierung für den Sommer ist jedoch höher als die für die Käufer fast, da man bei den Verhandlungen über den Preis prompten Ware um 2 Mark erhöht. Die Notierung für den Sommer ist jedoch höher als die für die Käufer fast, da man bei den Verhandlungen über den Preis prompten Ware um 2 Mark erhöht. Die Notierung für den Sommer ist jedoch höher als die für die Käufer fast, da man bei den Verhandlungen über den Preis prompten Ware um 2 Mark erhöht.

| Ware   | 21. Januar  | 22. Januar  |
|--------|-------------|-------------|
| Weizen | 220-201     | 201-202     |
| Roggen | 188-188     | 188-188     |
| Hafer  | 188-188     | 188-188     |
| Gerste | 188-188     | 188-188     |
| Stroh  | 27,75-27,50 | 27,75-27,50 |
| Stroh  | 27,75-27,50 | 27,75-27,50 |
| Stroh  | 27,75-27,50 | 27,75-27,50 |

## Berliner Viehmarkt

Am Donnerstagmorgen ist der Viehmarkt in Berlin bei lebhaften Verhandlungen abgegangen. Die Preise für Schlachttiere sind im Vergleich mit dem Vortage um 1/2 bis 1/3 Mark höher. Die Preise für Mastvieh sind im Vergleich mit dem Vortage um 1/2 bis 1/3 Mark höher. Die Preise für Mastvieh sind im Vergleich mit dem Vortage um 1/2 bis 1/3 Mark höher.

## Erdbölgewinnung im Dezember 1931

Wie der Amtliche Preussische Preisbericht mitteilt, betrug die Erdbölgewinnung Preußens im Dezember 1931 nach den vorläufigen Ergebnissen der amtlichen Statistik 17 064 Tonnen gegen 17 456 Tonnen im Vormonat und 14 125 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1930. Auf das Gebiet von hängigen-Obersiebenbrunn entfielen 7890 Tonnen, auf Wiehe-Steinforde 4700 Tonnen und auf den Bezirk Edelle-Delheim-Oberg 4474 Tonnen. Die Zahl der angelernten Arbeiter betrug Ende des Monats 1510 gegen 1822 am Ende des Vormonats.

Am ganzen Jahre 1931 stellte sich die Erdbölgewinnung Preußens



### Der irrsinnige Hauptmann

Eine wahre Tragödie aus der Zeit der Monarchie

„Der Soldat soll nicht seinen Willen haben, sondern für sollt alle einen Willen haben, und das ist mein Wille.“

Drimal hatte die militärische Karriere von Viktor Wellesch in ihren Frühen gekostet. 1855 hatte er im Kasino eine Ordonanz halbt geprügelt; sechs Jahre später band er der Gausfage der Gräfin B. eine trennende Lunte an den Schwanz, die das arme Tier um den ganzen, die Gräfin um den halben Bestand brachte; nach einigen Monaten fühlte er sich bemogen, in einem Museum beim Anblick eines Schlachtenbildes der sorgsam gemalten Infanterie Befehle zu erteilen und, weil die bunt kolorierten Kolonnen kurz in ihrer Stellung verbarren, das riesige Bild mit seinem Degen wuschmend hundertfach zu durchschneiden. 1863 wurde er für notorisch gestraft erklärt, worüber Viktor Wellesch sich ärgerte und zu laufen begann. Da seine Großmutter die Schwester eines Generals war, wurde der Militärarzt, der die Weisheitskraft feststellte, hal, pensioniert, Viktor zum Hauptmann befördert und, zur Strafe und Mahnung, nach Graubenz veretzt.

daten und beurteilte sie zu lebenslänglichem Zuchthaus. Sie hatten eine Uniform den Gehorham verweigert. Es fiel nicht ins Gewicht, daß diese Uniform den gedummen Leib eines geisteskranken Trunkenbolde beheizte. Entschuldigend für den Urteilsspruch war, daß sich auf den Schulterblättern dieser Uniform zwei doppelt dekorierte Kaffestücke befanden. Zweihundertpfund Männer, jung, gesund, lebensdurftig und zukunftsreich, mußten die Weigerung, Selbstmord zu begehen, mit lebenslänglichem lebendigen Begraben in den grauen Grabkammern altpreussischer Zuchthäuser büßen.

Die Schreie verzweifelter Eltern, Frauen und Kinder drangen nicht auf die stulle Höhe, wo Fürsten thronen. Zweihundertpfund Söhne, Gatten und Väter sahen mit glattrostenen Schänden und Gesichtern in modrigen Hellen und warteten auf den Tod. Viele starben schnell, viele starben nur langsam.

haben. Die Ueberlebenden stumpften ab in langen Tagen, Monaten und Jahren trostloser Monotonie des Lüttenlebens und Wollens. Juckte hin und wieder durch eines dieser gemarterten Geirne noch ein persönlicher Gedanke und äußerte sich im entzündenden Gehel des gequälten Menschenberens, gab es, falls nach dem Gutdünken des Inspektors die Willfür der Schreie die Hausordnung bedrohte, Prigelstrafe.

Die letzten vierzehn Mann der Graubenzener Landwehrkompanie verließen 1888 das Zuchthaus. Das kleine Gäßlein sammeltgeschumpfter Menschen flachte gebüht über die Weichselbrücke, als von weitem gedämmte Trommelwirbel bemerkbar wurden. Bald sahen die alten Männer einen langen, langsam vordringenden Menschenzug. Boran schritt ein feierlich aussehender Mann, der auf einem Stifen eine lange Reihe von Orden trug. Dann kam ein von Kränzen überdeckter Leichenwagen, dem ein aus Offizieren und vielen gewöhnlichen Menschen sich bildender Zug fliegend folgte. Major Wellesch wurde feierlich beizigt.

Die Alten wandten weiter. Das Kopf nahm sie auf.  
Heinrich Heising.

### Das Interview / Von Kurt Niehle

Nach zehntägigem Nachtmarsch stand die Landwehrkompanie des preussischen Hauptmannes Viktor Wellesch am Weichselufer. Es war ein Samstagmorgen. Auf dem Strom rieben sich föhnend breite Eisflächen, frostiger Sturm pfiff über die Wieberung, zweihundertpfund Soldaten standen schmer bepackt, erschöpft, freiernd und wartend auf dem harten Uferboden.

In einiger Entfernung sah Viktor Wellesch etwas vorgebengt auf seinem Pferd und fixierte völlig regungslos minutenlang mit starren, eingeknickten Augen einen Punkt auf dem gegenüberliegenden Ufer. Möglich rechte sich der Körper, das Gesicht belebte sich grinsend, die linke Hand holte nervös aus der Satteltasche die letzten Schnapsreserven, er trant halstg, wendete in einen: Rud das Pferd zur Kompanie und brüllte in merkwürdig schrillen Ton in den Wintermorgen: „Ganze Kompanie, in Angriffslinie zur Weichsel angetreten, marsch, marsch!“

Mechanisch lösten sich Marschkolonnen und formierten sich breit in Frontstellung. Viktor Wellesch tänzelte kräflender an die Kompanie heran, müsterte die völlig erstarbten Gesichter, führte knifflernd das Pferd rückwärts, um die ganze Front in sein Blickfeld zu bekommen. Er schob den Helm weit zurück, über der kurzen Stirn wurden die rötlichen Haarborsten sichtbar, er lang plöglich ganz laut einige Worte, jagte sein Pferd in kurzen Galopp an die linke Flanke und schrie kreischend in die Ohren von zweihundertpfund Männern: „Ganze Kompanie, in die Weichsel, marsch, marsch!“

Die Kompanie stand starr. Im Entsetzen eines wahnfinigen Gedankens verlorer Müdigkeit und Kälte. Der Nachdruck des gelunden Menschenverstandes widerlegte sich unrlöglich der morderischen Einsicht eines uniformierten Jungmannes. Starr sah Wellesch. Ganz allmählich und ganz langsam rückte er seinen Kopf an den Hals des Pferdes. Ein lazes Lachen gelte durch die eisige Luft, verding sich in heulenden Pfiffen, und mit der ganzen Gemüthslosigkeit des entsetzten Jerrins stürzte der Hauptmann auf die Kompanie. Im Augenblick er er entworfen. Vier stämmige Unteroffiziere schleppten ihn weg.

Die Kompanie formierte sich wieder und marschierte in geordneten Reihensolonnen in die Kaserne.

Das Militärgericht verhandelte in einem riesigen Gewölbe des Graubenzener Fürst Courbier gegen zweihundertpfund Sol-

„Hände hoch!“ sagte der kleine, dünne Mann mit der Sportmütze und zielte mit dem Revolver auf den biden Bauch des Direktors Randolph Gharf, Besitzer eines der größten Zeitungslokale der Welt. Direktor Gharf zog ängstlich seinen biden Bauch ein, sah sich hilflos um und hob schließlich mit einer kläglichen Miene seine fetten Arme in die Höhe. „Was wollen Sie?“ fragte er.

„Ich verlange eine Anstellung als Reporter in Ihrem Zeitungslokal.“

„Nein.“

Der Revolver knakte. „Nein? Dann schiese ich Sie über den Haufen!“

„Nein — hm. Sind Sie denn überhaupt befähigt, Reporter zu spielen?“

„Ich? Sehr. Ich bin bereit, jeden Beweis anzuzutem.“

„Gut, junger Mann. Tun Sie Ihren Revolver weg! Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, Sie anzustellen, wenn es Ihnen gelingt, den Leberwurstkönig James B. Aniderboder zu einem Interview zu bewegen.“

„Gemacht. Uebrigens, mein Name ist Pearl“, erwiderte der Mann mit der Sportmütze und steckte den Revolver ein.

„Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß James B. Aniderboder noch nie ein Interview gewährt hat. Er haßt Interviews. Und dann besitzt er eine große Bulldogge, die extra auf Zeitungsreporter abgerichtet ist.“

„Werde schon damit fertig werden. Adio.“

Welter Pearl verschwand. Direktor Gharf freute sich. Der kam bestimmt nicht wider. Aniderboder schick jeden hochklinglich zum Tempel hinaus, der es wagte, ihn um einige Daten aus seinem Leben zu bitten.

Pearl aber ging in das nächste Spealeth, bestellte einen Sherry-Cobbler, darauf noch einen Sherry-Cobbler und trant dann ein großes Glas unbedünnter schottischer Whisthys.

Ein Einfall erleuchtete sein Gesicht. Er sah, hüpfte in ein Auto, fuhr nach Hause, legte Frad und weiße Binde an, stülpte sich einen Splinder auf und begab sich in diesem Aufzuge in den Volkentempel der Sixth Avenue, wo James B. Aniderboder hauste.

Dem Portier, der ihn nach seinem Namen fragte, sagte er: „Senor Don Manuel Pres de Casapaglia y Baldepenas.“ Er wurde sofort vorgelassen, machte eine grandiose Verbeugung vor James B. Aniderboder, der das komische Männchen sehr verblüfft anstarrte, und hob zu sprechen an:

„Großer Wohlthäter der Menschheit! Die Universität meiner spanischen Heimatstadt Cocolores del Rio beabsichtigt, Ihnen in Anerkennung der Verdienste, die Sie sich um die hungerrnde Menschheit erworben haben, den goldenen Hausorden der Universität Cocolores del Rio zu überreichen.“

Die Züge James B. Aniderboders hellten sich auf.

„Da jedoch zu diesem Zwecke der Lebenslauf Curer Gnaden in das Goldene Buch der Universität Cocolores del Rio eingetragen werden mühte und es uns, dem Rektor und Professorenrat der altchriwürdigen Universität, noch nicht gelungen ist, Unterlagen aus Ihrem zweifellos sehr interessanten Leben zu beschaffen, bitten wir Sie, uns einiges zu erzählen.“

James B. Aniderboder erzählte. Von der Wiege an. Erzahlte eine Stunde lang, zwei Stunden, drei Stunden. Pearl stenographierte mit, bis ihm die Arme schmerzten.

Am Schluß erklärte sich James B. Aniderboder bereit, der Universität Cocolores del Rio eine größere Stiftung nach Ausabhängung des Ordens zu überweisen, und begleitete seinen „spanischen“ Besucher eigenhändig hin, eigenhändig bis zum Fahrstuhl. Darauf ging er in sein Kontor zurück und verank in angenehme Träume von dem goldenen Orden der Universität Cocolores del Rio, den er nächstens erhalten würde.

Ein seliges Lächeln verströmte seine biden Züge noch bis zu dem Moment, in dem ihm ein Angestellter die neuesten Abendsetzungen brachte. Da las er gleich auf der ersten Seite des „New York Universal“, seines bestgeliebten Blattes:

„James B. Aniderboder erzählt sein Leben.“ „New York Universal“, die erste Zeitung der Welt, der James B. Aniderboder ein Interview gemährt. Erscheint in zwölf Fortsetzungen! Heute: Von der Milchstraße zum ersten Außenborden. Anbeterberlebnisse des großen Leberwurstkönigs.“

James B. Aniderboder las. James B. Aniderboder freute sich. James B. Aniderboder heulte vor Wut. Dann klingelte er bei dem nächsten Warenhaus an und verlangte die sofortige Ueberlieferung von fünfshundert Tellern und ebensovielen Löffeln. Die brauchte er nämlich, um sie an die Wand zu schmeißen, denn nur so konnte er seinen ungeheuren Jörn abregieren.

Jur gleichen Stunde aber erhielt Tellern Pearl nicht nur einen großen Schelch in die Hand gedrückt, sondern sogar einen Anstellungsvertrag auf Lebenszeit. Denn was dem einen ein Wul, das ist schon immer dem anderen ein Nachtigall gewesen.

### Totenwache / Von Hans Heinrich Strätner

Die Erbsche muß sich doch wohl verschoben haben, meint der Großvater. Damals, als wir noch jung waren (nicht wahr, Mutter?), da gab es noch richtige Winter hier im Weichselthale. Bis in den März hinein lag metershoch Schnee. Wenn die Männe kaden wollte, mußten wir Jungens erst mit Schüte und Schippe hinter's Haus und den Ofen ausgraben. Die Kohlenre nach der Stadt waren ganz zugewest. Selbst mit hohen Stiefeln kam man dann nicht hindurch.

Im Frunge gab's Talglichter und Del für die Lampen. Salz und Fuder wurden im Herbst auf Vorrat gekauft. Anderes brauchte man nicht. Auf der Mäucherbühne bingen Schinren und Würste, Kartoffeln, Kohlspöffe und Stedrüben bewahrte man im Keller an. Den Altvordern genügte es in der itrenigen Winterzeit, wenn am Sonntagmorgen die Gloden überbeschalteten. Die Predigt dachten sie sich dazu: Nur wenn der Arzt oder der Pastor ins Dorf kommen mühte, machte sich der Großvater von Hollens Hofe auf den Weg. Der hatte die längsten Beine.

Der Großvater von Hollens Hofe ... Er hatte vierzig Jahre länger leben können. So eine Geschichte ...

In der Abendzeit kam er, steif wie ein gestroener Sad, aus der Stadt zurück. Dummernochmal, da werden ein paar Schilde aus des Kreuzers Kimmelfläche gut gehen haben. Die Wirtin legte schnell einige große Holzschite in den Raafelosen

und rücte die Holzstam nahe heran. Der Großvater zog sich die Stiefel aus und schüttete den Schnee mitten in die Stube, wo er bald zu Wasser wurde und in den breiten Fugen der Stiebelnieder verdrückte.

„Nach 'nen Himmel! — Nach einen! — Ah, das tut gut.“

Nach Hollens Hofe konnte ich immer noch früh genug. Der Alte trafeest nicht mehr; der ist ja nun tot. In der Stadt habe ich den Pastor bestellt. In der Stube mühte ich warmen Kaffee trinken. Ein Schnaps wäre mir lieber gewesen. — Wirt! Kreuzer! Noch einen! Aber erst 'nen bißchen im Ofen anwärmen!“

Auf dem Heimwege (es waren kaum zweihundert Meter bis nach Hollens Hofe) lief er mehrmals in die Schneehaufen zur Seite. Der Himmel war verdammt gut gewesen.

In der Kammer neben dem Pferdestalle, wo die beiden Anechte ihre Lagerstatt hielten (Beiten konnte man die Strohsäcke mit den bunten Bezügen und den rauhen Pferdebeden nicht nennen), ging es an diesem Abend hoch her. Der Großvater schlohte und erzählte einen schiedigen Witz nach dem anderen. Auf der Handbarmonika spielte er so laut, daß die Bäuerin kam und ihm mit berben Worten daran erinnerte, daß im anderen Hause ein Toter auf der Diele lag.

„Schon gut! Schon gut! Der wird denn diese Nacht machen? So, der hüdfliche Schusterjunge ... hm ... Da werden wir uns mal einen Spaß machen, aber einen tüchtigen!“

„Hoh! Hör mal zu, August!“

„Bis Witternacht mühte der Zweifelnrecht bei dem Toten wachen. Der Sarg stand mitten auf der Diele. Die kleine Oellampe auf dem Schemel warf gelberlichte Schatten an die Balkenwände. Aus der offenen Stubenürte kam nur ein schwacher warmer Hauch.“

„Hoh an, August! Aber leise, sonst wackt die Alte oben auf.“

Sie nahmen den Toten aus dem Sarge und trugen ihn in die Laube. Das alte Lederlof schlohte. Schon schlug draußen der Hund an. Der Großvater legte sich in den Sarg und zog das weiße Leinentuch über. —

„Na, dann gute Nacht“, sagte der Zweifelnrecht zu dem Schusterjunge.

„Gange bist du ja wohl nicht?“ — Dann knirschten seine Schritte durch den Schnee.

Der Schusterjunge stellte den Schemel neben den Sarg, packt aus einem Bad Fluchbüche aus und spannte den Riemen übers Rnie. Er stierete. Was es die Kälte?

Die große Stubenürte holte zum größten Schloge aus. Da erhob sich die Gestalt im Sarge, langsam, gestirbt ...

Der Schusterjunge schlug mit dem rechten Hammer zur Seite: „Blau liegen!“

In der Anbeterkammer brannte die Oellampe herunter. Der Zweifelnrecht schauerte. In der Morgenzeit fuhr er hoch.

„Hoh an, August!“ Keine Antwort. Ein Pferd hatte an die Balken geschlagen. — „August!“

Die Stuben lag in allen Ecken.

Nach drei Tagen begrub man Bauer und Großvater von Hollens Hofe.

